

Der König und sein Gefolge hatten fast zwei Wochen gebraucht, um im Februar 1945 von Riad im Zentrum der Arabischen Halbinsel nach Dschidda am Roten Meer zu gelangen. Dort wartete das US-Kriegsschiff *USS Murphy* auf Abdel Asis ibn Saud, den Herrscher über das Königreich Saudi-Arabien, das Ibn Saud 1932 nach langen Kämpfen gegen rivalisierende Beduinestämme unter seiner Führung geeint hatte. Die *Murphy* sollte den König zum Großen Bittersee im Sueskanal bringen. Dort wünschte ihn US-Präsident Franklin D. Roosevelt auf der Rückreise von der Jalta-Konferenz zu treffen.

Doch die Saudis hatten eigene Vorstellungen von einer Schiffsreise. Zum Entsetzen des Kapitäns nahm Ibn Saud Dutzende Gefolgsleute, außerdem eine halbe Herde Schafe mit an Bord. Nach stürmischer Überfahrt erreichte das Schiff am 14. Februar den Bittersee, wo der absolute Herrscher eines Landes, das bislang kaum mit der Moderne in Berührung gekommen war, dem Führer der demokratischen Weltmacht Amerika begegnete. Trotz aller kulturellen Unterschiede verliefen die Gespräche in bester Atmosphäre. Zum Abschied schenkte der Präsident, der seit einer späten Kinderlähmung im Rollstuhl saß, dem leicht hinkenden König ein gleiches Gefährt – und eine DC-3 Dakota, Saudi-Arabien's erstes Verkehrsflugzeug.

Roosevelt hatte handfeste Gründe für das Treffen. Der zu Ende gehende Zweite Weltkrieg ließ die künftige Bedeutung der Ölquellen des Mittleren Ostens klar zutage treten. Saudi-Arabien fiel eine Schlüsselrolle bei der Energieversorgung der USA und Westeuropas zu. Bereits 1933 hatte Ibn Saud der kalifornischen Standard Oil Company gegen eine jährliche Pacht von 25 000 Dollar und 1 Dollar pro Tonne Öl Bohrungen am Persischen Golf gestattet. Allerdings hatte es fünf Jahre gedauert, bis das erste profitable Feld angezapft worden war.

Wegen der hohen Kosten hatten sich 1944 mehrere US-Ölkonzerne unter dem Namen Arabian American Oil Company, kurz Aramco, zusammengeschlossen. Auch die Saudis waren am Aufbau der Ölindustrie sehr interessiert, denn das Wüstenreich verfügte bis dahin nur über eine einzige echte Einnahmequelle: die Pilgerfahrten nach Mekka. Die Amerikaner waren willkommene Partner. Im Unterschied zu ihren britischen Konkurrenten hatten sie keine kolonialen Interessen. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges stimmten die auf ihre Souveränität bedachten Saudis sogar einem US-Luftwaffenstützpunkt in Dhahran nahe den Aramco-Ölfeldern am Golf zu.

Gern verschenkt König Feisal die »Protokolle der Weisen von Zion«

Öl war nicht das einzige Thema zwischen Roosevelt und Ibn Saud. Als der Präsident das Gespräch auf Palästina brachte, forderte der König das Ende der jüdischen Einwanderung. Wenn die Juden einen eigenen Staat wollten, dann bitte nicht in Palästina, sondern in Deutschland; schließlich seien nicht die Araber, sondern die Deutschen für die Leiden des jüdischen Volkes verantwortlich. Roosevelt versprach, die USA würden nichts tun, was den Arabern schaden könnte. Als sein Nachfolger Harry S. Truman 1948 Israel diplomatisch anerkannte, war der König außer sich über diesen »Verrat«. Auf einen Bruch mit den USA konnten es die Saudis indes nicht ankommen lassen. Das Reich brauchte die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit.

Aber auch die Amerikaner erkannten schnell, dass die Saudis ein wichtiger Verbündeter waren. »Unser Ziel ist es«, fasste 1951 ein Memorandum des State Department die Interessen in einem Satz zusammen, »für uns wie für unsere Freunde und Verbündeten die strategischen Vorteile zu sichern, die sich aus Saudi-Arabien's geografischer Lage, seinen Erdölreserven und der fortgesetzten Abneigung der Saudis gegen den Kommunismus ergeben.« Das Haus Saud sei die wichtigste proamerikanische Stimme in einer der USA ansonsten eher feindlich gesinnenden Region und müsse militärisch und politisch unterstützt werden. Die Souveränität des Landes sei ebenso zu respektieren wie sein Status als Hüter der Heiligen Stätten des Islams – Mekka und Medina – und seine »lokalen Sitten«. Jeder Anschein, man wolle das Land dominieren, müsse unbedingt vermieden werden. In der Tat übte die Supermacht USA gegen keinen anderen Klientelstaat so viel politische und kulturelle Rücksichtnahme wie gegen Saudi-Arabien.

Die Saudis wollten Unterstützung bei der wirtschaftlichen Entwicklung, modernstes Kriegsgerät und sicherheitspolitische Rückendeckung im Streit mit ihren regionalen Rivalen, wachten aber stets eifersüchtig über ihre Souveränität und schotteten sich so weit wie möglich gegen den Einfluss westlicher Kultur ab. Schon der Konzessionsvertrag mit Standard Oil von 1933 verwarnte sich gegen jede Einmischung. Gleichzeitig erwarteten die Saudis, dass die Amerikaner nicht nur nach Öl bohrten, sondern Straßen, Schulen und Hospitäler bauten. Die Verpflichtung, möglichst viele einheimische Arbeitskräfte zu beschäftigen, war für die im Lande tätigen US-Firmen lange Zeit schwer zu erfüllen. Der größte Teil der Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben, geschweige denn mit moderner Technik umgehen. Die Amerikaner achteten gleichwohl peinlich darauf, den Stolz der Araber nicht zu verletzen. Aramco

praktizierte in den fünfziger Jahren eine Sprachregelung, der zufolge Saudi-Arabien niemals als »rückständig« oder »unterentwickelt« bezeichnet werden durfte, sondern stets als eine Nation, die »an der Schwelle einer neuen Ära« stand.

Und tatsächlich machte das Wüstenreich Riesenschritte in die Moderne. Obwohl sich die Saudis lange Zeit aus religiösen Gründen gegen die Gründung einer Nationalbank sperrten,

saudische Staat gleichzeitig hoch verschuldet war und kaum die Löhne der Regierungsangestellten bezahlen konnte.

Die anfängliche Hoffnung der Regierung Dwight D. Eisenhowers, König Saud in der arabischen Welt als Gegengewicht zum ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, dem Helden des panarabischen Nationalismus, aufbauen zu können, erwies sich rasch als Illusion. Im Gegen-

Ziemlich beste Freunde

Saudi-Arabien ist eine islamische Despotie und müsste für die USA eigentlich zur »Achse des Bösen« gehören. Dennoch sind die beiden Länder seit 1945 fest verbündet. Die Geschichte einer sonderbaren Allianz

VON MANFRED BERG



König Saud ibn Abdel Asis und Tochter mit Präsident John F. Kennedy 1962 in Florida

waren sie geschäftstüchtig genug, sich einen wachsenden Anteil an der Ölförderung zu sichern. Ende 1950 gestand Aramco der Regierung in Riad die Hälfte aller Profite zu. Innerhalb eines Jahres verdreifachten sich die Einnahmen der Saudis auf knapp 120 Millionen Dollar. Viel davon floss an amerikanische Firmen zurück, die Raffinerien, Pipelines, Hafenanlagen und andere Großprojekte errichteten. Die US-Gesellschaft TWA übernahm die Führung beim Aufbau der staatlichen Fluglinie.

Freilich bereitete der Umgang der Königsfamilie mit dem Ölreichtum den Amerikanern große Sorge. Anstatt in eine gründliche Modernisierung zu investieren, warfen die Prinzen das Geld mit vollen Händen zum Fenster raus. Vor allem Kronprinz Saud, der 1953 seinem Vater als König nachfolgte, war für seine Verschwendungssucht berüchtigt. US-Botschafter Parker Hart schätzte, dass Ende der fünfziger Jahre das Luxusleben der königlichen Familie und ihrer zahlreichen Günstlinge nicht weniger als 60 Prozent der Öleinnahmen verschlang, während der

teil stand zu befürchten, dass der arabische Nationalismus die saudische Monarchie ebenso hinwegfegen könnte wie die Könige Ägyptens und des Iraks. Insofern lag es auch im amerikanischen Interesse, als Sauds Halbbruder Feisal 1958 die Regierungsgeschäfte übernahm und dem Land einen strikten Sparkurs verordnete.

Nach sechsjährigem wechselvollem Machtkampf schickte Feisal 1964 Saud ins Exil und bestieg selbst den Thron. Der neue Herrscher trieb die wirtschaftliche Modernisierung und den Aufbau einer staatlichen Bürokratie voran, an der absoluten Monarchie und an der strikten Durchsetzung islamischer Vorschriften änderte sich jedoch nichts. Immerhin wurde zumindest die Sklaverei offiziell verboten.

Für die Dynastie, die ihre Legitimität auf den wahhabitischen Islam gründete, der eine strenge, wortgetreue Befolgung des Korans verlangt, barg die Zusammenarbeit mit den USA große Risiken. Den religiösen Traditionalisten war die Präsenz der »Ungläubigen« im Lande des Propheten eine unerträgliche Provokation.

Die Amerikaner – Angestellte privater Firmen sowie Diplomaten und Militärs mit ihren Familien – lebten in komfortablen Ghettos, in Häusern mit Klimaanlage, Swimmingpools und indischem Personal, weitgehend isoliert von der Bevölkerung. Bis zum Beginn der fünfziger Jahre durften sie in ihren Unterkünften sogar Alkohol trinken. Für die christlichen Amerikaner besonders heikel war die Religionsausübung, da in Saudi-Arabien nur der Islam praktiziert werden darf. Der Bau von Kirchen ist ebenso verboten wie die Zurschaustellung christlicher Symbole. Doch zeigten sich die Saudis flexibel: Gottesdienste hinter verschlossenen Türen wurden toleriert, Geistliche reisten offiziell als »Lehrer« ein. Dennoch gab es immer wieder Querelen mit der Religionspolizei und willkürliche Verbote auch der privaten Gottesdienste. Keine einfache Situation für die US-Regierung, die international den »gottlosen Kommunismus« anprangerte, aber stillschweigend hinnahm, dass ein Verbündeter amerikanischen Bürgern verbot, ihren Glauben auszuüben.

Während Christen zumindest geduldet wurden, blieben die Saudis gegen Juden kompromisslos. Im Land tätige US-Firmen und -Organisationen mussten sich verpflichten, keine »unerwünschten Personen« zu entsenden; auch das US-Militär hielt sich an das Verbot. Nicht einmal jüdische Mitglieder des Kongresses bekamen eine Einreiseerlaubnis. Kein Wunder, dass in Washington immer wieder gegen die Diskriminierung amerikanischer Bürger und die eigene Leisetreierei protestiert wurde.

Tatsächlich waren Judenfeindschaft und »Antizionismus« der saudischen Führung durchaus eine Herzenssache. Vor allem König Feisal glaubte fest an die »jüdische Weltverschwörung« und beschenkte ausländische Besucher gern mit den *Protokollen der Weisen von Zion*, einem christlich-antisemitischen Machwerk des 19. Jahrhunderts.

Nach Henry Kissingers Ernennung zum Außenminister ließ sich der Boykott von jüdischen Amerikanern jedoch nicht länger durchhalten. Kissinger berichtete später, wie Feisal ihn 1974 bei einem Treffen in Riad vor der »jüdisch-kommunistischen Verschwörung« gewarnt habe. Gegen den Antikommunismus des Königs hatte Kissinger nichts einzuwenden, und Feisals antizionistische Tiraden verbuchte der kühle Pragmatiker als Konzession an den arabischen Nationalismus. Nach dem Tod des Königs 1975 lockerten die Saudis das Einreiseverbot für amerikanische Juden allmählich, und als Anfang der neunziger Jahre der Friedensprozess zwischen Israel und der PLO in Gang kam, empfing die saudische Regierung sogar Repräsentanten des American Jewish Congress.

Der arabisch-israelische Konflikt führte allerdings seit dem Sechstagekrieg von 1967 immer wieder zu Krisen im Verhältnis der beiden Staaten. Washingtons Beistand für Israel schürte den Antiamerikanismus in der arabischen Welt, dem auch Riad Rechnung tragen musste. Dabei setzten die Saudis in den siebziger Jahren ihre Ölmacht sehr geschickt ein: Die Regierung in Riad übernahm eine Führungsrolle im arabischen Lager, ohne dass es zum Bruch mit Amerika kam. Obendrein profitierte das Land finanziell in gigantischem Ausmaß. Während des Jom-Kippur-Krieges 1973 initiierte Saudi-Arabien zunächst das Öl-embargo der Opec gegen den Westen, um diesen zur Aufgabe seiner Unterstützung für Israel zu zwingen – setzte dann aber im März 1974 das Ende der Liefersperre durch und verhinderte weitere Erhöhungen des Preises, der sich seit dem Vorjahr bereits vervierfacht hatte.

Keiner soll die Saudis an islamischer Orthodoxie überbieten

Für die US-Politik gab es keine Alternative zu engen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien. Im Mai 1974 verpflichteten sich die USA erneut zur Unterstützung bei der wirtschaftlichen und militärischen Modernisierung des Landes, einen Monat später traf Richard Nixon als erster US-Präsident zum Staatsbesuch in Dschidda ein.

Zwischen 1973 und 1980 stiegen die saudischen Öleinnahmen von gut 4 Milliarden auf über 100 Milliarden Dollar jährlich. Gleichzeitig übernahm die Regierung sämtliche Aramco-Aktien, das US-Unternehmen wurde zum saudischen Staatskonzern. Vom Boom im Wüstenstaat profitierte nicht zuletzt die amerikanische Rüstungsindustrie, denn die Saudis bestellten stets die neuesten Waffen. Die Israel-Lobby im Kongress sperrte sich indessen gegen viele Geschäfte, und auch die US-Militärs, die seit 1951 die saudischen Streitkräfte ausbildeten, hegten große Zweifel, ob die Soldaten mit amerikanischer Technik umgehen konnten.

Der Wunsch der Saudis nach modernen Waffen spiegelte ein tief sitzendes Gefühl der Schwäche und Bedrohung, das sich 1979 weiter verstärkte, als die Islamische Revolution im Iran das prowestliche Schah-Regime hinwegfegte, ohne dass Washington seinem Verbündeten zu Hilfe kam. Im November 1979 dann besetzten islamistische Rebellen die Große Moschee von Mekka. Sie prangerten die Korruption und den Sittenverfall der königlichen Familie an und forderten das Ende der Öl-Exporte in die USA. Die Sicherheitskräfte brauchten zwei Wochen, um die Moschee zu befreien; über 300 Menschen kamen dabei ums Leben.

Die saudischen Herrscher zogen die Konsequenz, sich künftig nicht mehr an islamischer Orthodoxie überbieten zu lassen und die US-Präsenz so unsichtbar wie möglich zu machen. Die Unzufriedenheit im Lande stieg jedoch an,

denn der Verfall des Ölpreises und das Bevölkerungswachstum ließen den Lebensstandard sinken und verdüsterten die Zukunftsaussichten vieler junger Saudis, die zunehmend Gefallen an den islamistischen Parolen fanden.

Nach der sowjetischen Invasion Afghanistans Ende 1979 hatten die Saudis Präsident Jimmy Carters Angebot zur Stationierung von Kampftruppen noch abgelehnt, weil dies innenpolitisch zu riskant erschien. Als jedoch die Armee des irakischen Diktators Saddam Hussein im August 1990 in Kuwait einmarschierte, willigte König Fahd, der seit 1982 regierte, notgedrungen ein, das Land den amerikanischen Streitkräften zu öffnen.

Die Verlegung einer halben Million US-Soldaten ins Land des Propheten, darunter Frauen im Kampfanzug, die Jeeps durch die Wüste steuerten, bewirkte einen Kulturschock, den die Führung so weit wie möglich abzumildern versuchte. So bestanden die Saudis darauf, dass die Streitkräfte weder Alkohol noch weibliche »Truppenbetreuung« ins Land bringen durften. Kommandeur Norman Schwarzkopf gewann den Eindruck, dass nicht Saddam, sondern seine eigenen Soldaten als eigentliche Bedrohung betrachtet wurden.

In der Tat erhoben islamische Fundamentalisten lautstarken Protest gegen die Invasion der »Ungläubigen«. Die Beteiligung an der Operation Wüstenschield, mit der der Irak Kuwait wieder entrissen wurde, kostete das Land nicht nur 55 Milliarden Dollar, sondern führte zu einer wachsenden Polarisierung zwischen Traditionalisten und Modernisierern. So verletzten im November 1990 saudische Frauen in Riad öffentlich das Autofahrverbot – ohne nachhaltigen Erfolg. König Fahd reagierte auf den Ruf nach Reformen mit einem »Grundgesetz«, das im Wesentlichen die absolute Monarchie festschrieb. Der seit 1953 bestehende Rat, dessen Mitglieder vom Monarchen ernannt werden, wurde vergrößert. An Regierungsform und -stil änderte sich auch nach 1995 nichts, als Prinz Abdullah für seinen schwer erkrankten Bruder Fahd die Staatsgeschäfte übernahm. Ein Parlament existiert bis heute nicht.

15 Attentäter vom 11. September kommen aus Saudi-Arabien

Für Osama bin Laden, den Spross einer reichen saudischen Unternehmerfamilie und Mäzen der arabischen Freiwilligen gegen die Sowjets in Afghanistan, war die Stationierung der US-Truppen in seiner Heimat eine unerträgliche Provokation. Sein Terrornetzwerk Al-Kaida wurde bereits in den neunziger Jahren für zahlreiche Anschläge auf US-Bürger und -Einrichtungen verantwortlich gemacht, darunter für die Bombenattentate auf die Botschaften in Nairobi und Daressalam. Gleichwohl war die US-Öffentlichkeit schockiert, als sich nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 herausstellte, dass 15 der insgesamt 19 Attentäter aus Saudi-Arabien stammten. Zahlreiche Kommentatoren übten scharfe Kritik an der Nachgiebigkeit Washingtons gegenüber den Scheichs, die nun für ihre finanzielle Unterstützung des radikalen Islams weltweit am Pranger standen. Denn wo immer fundamentalistische Prediger auf Mission gingen und gehen, steckte und steckt saudisches Geld dahinter.

Umgekehrt strickten führende Prinzen in Riad an Verschwörungstheorien. Sie äußerten öffentlich den Verdacht, Israel sei für die Anschläge vom 11. September verantwortlich, und klagten die USA als Feind der Palästinenser an. Die Beziehungen waren auf dem Tiefpunkt. Die von Präsident George W. Bush beschlossene Invasion des Iraks im Frühjahr 2003 lehnte Saudi-Arabien ab, da man – zu Recht – befürchtete, die Entmachtung Saddams werde am Ende nur den Iran und die Schiiten am Golf stärken.

In seinem 2005 erschienenen Buch *Inside the Mirage: America's Fragile Partnership with Saudi Arabia* nennt der amerikanische Nahostkorrespondent Thomas W. Lippman die Beziehungen zwischen den beiden Staaten eine »Vernunftfeie«. Sie habe nur deshalb so lange gehalten, weil beide Partner am Ende immer bekamen, was sie wollten: die Saudis amerikanische Technologie und Sicherheitsgarantien, die Amerikaner Öl und ein prowestliches Regime, das trotz seiner antiisraelischen Rhetorik als mäßige Kraft in der Region wirkte. Auch wenn das gegenseitige Misstrauen wächst – Washington betrachtet Riad im Kampf gegen den islamistischen Terror als unsicheren Kantonnisten; die Saudis muss beunruhigen, wie schnell die US-Politik 2011 ihren ägyptischen Alliierten Husni Mubarak fallen ließ –, gibt es zur saudisch-amerikanischen Vernunftfeie für beide Seiten keine Alternative. Die Saudis unter ihrem 88-jährigen König Abdullah fürchten einen atomar bewaffneten Iran, vor dem allein die US-Militärmacht Schutz bieten kann. Amerika braucht das Land mit den größten Ölreserven als Preisstabilisator auf dem Weltmarkt. Zudem ist es nach dem US-Rückzug aus dem Irak als strategischer Partner wichtiger denn je.

Gerade erst hat die Regierung Obama den Verkauf von 84 F-15-Kampffjets im Wert von 30 Milliarden Dollar an die Saudis genehmigt – »eine klare Botschaft an alle Länder der Region, dass die Vereinigten Staaten sich der Stabilität am Golf verpflichtet fühlen«, hieß es dazu aus dem US-Außenministerium. Nach einer Ermutigung, mehr Demokratie zu wagen, klingt das nicht.

Der Autor ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg

US-Präsidenten mit saudischen Fürsten



Roosevelt mit König Ibn Saud 1945



Truman 1952 mit Prinz Feisal Abdullah



Johnson 1968 mit Kronprinz Chalid



Nixon 1972 mit Prinz Fahd



Carter 1977 mit Prinz Fahd



Reagan 1985 mit König Fahd



Bush senior 1992 mit König Fahd



Clinton 1994 mit König Fahd



Bush junior 2008 mit König Abdullah



Obama 2009 mit König Abdullah